

Orano NCS GmbH, Margarete-von-Wrangell-Straße 7, D-63457 Hanau

Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen
Entsorgung

Herrn D. Kaufhold / Herrn H. Krüger

Fachgebiet G 3

Willy-Brandt-Straße 5

38226 Salzgitter

Orano NCS GmbH

Unsere Zeichen/ Nachricht vom KÜ 10/033 PZ
Our ref./ message dd.

Ihre Zeichen/ Nachricht vom
Your ref./ message dd.

Telefon/ Phone +49 06181 501 150

Telefax/ Fax +49 06181 501 145

E-Mail/ Email oliver.paetzold@orano-ncs.com

Datum/ Date 09.09.2024

**Antrag auf Erteilung einer Beförderungsgenehmigung nach § 4 AtG zum Transport
bestrahlter AVR-Brennelemente in CASTOR® THTR/AVR-Behältern von Jülich nach Ahaus
– hier: Antrag auf Anordnung der sofortigen Vollziehung**

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Zusammenhang mit der von uns beantragten Beförderungsgenehmigung zum Transport von 152 mit AVR-Brennelementen beladenen Transport- und Lagerbehältern der Bauart CASTOR®THTR/AVR aus dem AVR-Behälterlager Jülich zum Brennelemente-Zwischenlager Ahaus (BZA) beantragen wir, gleichzeitig mit der Genehmigungserteilung die sofortige Vollziehung gemäß § 80a Abs. 1 Nr. 1, § 80 Absatz 2 Satz 1 Nr. 4 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) anzuordnen.

Aus unserer Sicht ist die zügige Ausnutzung dieser Genehmigung aus folgenden Gründen des öffentlichen sowie des überwiegenden privaten Interesses geboten:

A. Öffentliches Interesse an der sofortigen Vollziehung

Gemäß § 9a Abs. 1 Satz 1 1 H.s. AtG besteht bei der Stilllegung von Anlagen, in denen mit Kernbrennstoffen umgegangen wird, die Verpflichtung, anfallende radioaktive Reststoffe den in § 1 Nr. 2 bis 4 AtG bezeichneten Zwecken entsprechend schadlos zu verwerten oder als radioaktive Abfälle geordnet zu beseitigen bzw. der direkten Endlagerung im Sinne der §§ 9a Abs. 3 AtG, 5 Abs. 1 AtEV zuzuführen. Da noch keine Anlagen im Sinne von § 5 AtEV vorhanden sind, besteht gemäß § 7 Abs. 1 Satz 1 AtEV eine gesetzliche Verpflichtung des Stilllegenden, die radioaktiven Abfälle zwischenzulagern, wobei gem. § 7 Abs. 1 Satz 2 AtEV die Zwischenlagerung „auch von mehreren Ablieferungspflichtigen gemeinsam oder durch Dritte erfolgen“ kann. Entsprechend diesen gesetzlichen Vorgaben erfolgte die Zwischenlagerung der AVR-Brennelemente im AVR-Behälterlager am Standort Jülich ursprünglich auf Grundlage einer bis zum 30.06.2013 befristeten Aufbewahrungsgenehmigung nach § 6 AtG. Die Geltungsdauer dieser Genehmigung wurde durch die zuständige Behörde nicht verlängert.

Orano NCS GmbH, Margarete-von-Wrangell-Straße 7, 63457 Hanau, Deutschland

Telefon: +49 (0) 61 81 501-0, E-Mail: info.ncs@orano-ncs.com, www.orano-ncs.com

Sitz der Gesellschaft: Hanau, RG Hanau HR B 4428, USt-Id.-Nr. DE113574961, Gerichtsstand: Hanau, Geschäftsführer: Olaf Oldiges

Bankverbindung: Société Générale Frankfurt (BLZ 512 108 00), Konto: 1095013031, SWIFT: SOGEDEFF, IBAN: DE 45 5121 0800 1095 0130 31

Aufträge werden auf Grundlage unserer Allgemeinen Geschäftsbedingungen übernommen. Diese stehen Ihnen auf Wunsch zur Verfügung.

Seit dem 01.07.2013 erfolgt die Aufbewahrung der AVR-Brennelemente daher im Rahmen von Anordnungen der atomrechtlichen Aufsichtsbehörde nach § 19 Abs. 3 AtG. Vor dem Hintergrund der fehlenden Aufbewahrungsgenehmigung nach § 6 AtG für das AVR-Behälterlager und der Erkenntnis, dass zumindest kurz- und mittelfristig nicht mit einer Erteilung dieser Genehmigung zu rechnen ist, hat die atomrechtliche Aufsichtsbehörde am 02.07.2014 die weiterhin geltende Anordnung nach § 19 Abs. 3 AtG erlassen, nach der die Kernbrennstoffe unverzüglich aus dem AVR-Behälterlager zu entfernen sind und der Verbleib der Kernbrennstoffe bei einem zum Besitz Berechtigten nach § 5 Abs. 1 S. 1 AtG sicherzustellen ist.

Entsprechend den Vorgaben dieser Anordnung hatte die FZJ GmbH, nunmehr JEN Jülicher Gesellschaft für Nuklearanlagen mbH (JEN), der atomrechtlichen Aufsichtsbehörde 2014 ein Konzept zur Räumung des AVR-Behälterlagers vorgelegt und berichtet monatlich über den Stand der Vorbereitung zur Räumung. In dem Konzept wurden folgende drei Varianten bewertet:

- Verbringung der AVR-Brennelemente in die USA (US-Option)
- Verbringung der AVR-Brennelemente in das BZA (Ahaus-Option)

und

- Überführung der AVR-Brennelemente in ein neues Zwischenlager am Standort Jülich (Neubau-Option).

Am 07.09.2022 haben das Bundesministerium für Bildung und Forschung, das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, das Bundesministerium der Finanzen und die JEN auf die Aufforderung des Beschlusses des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages vom 19.05.2022 die drei Optionen zur Räumung des AVR-Behälterlagers erneut bewertet. Die Ressorts haben beschlossen, dass die JEN die US-Option unverzüglich aufgeben solle. Dem ist sie im Oktober 2022 nachgekommen. Weiterhin ist Ergebnis der Beratungen, dass die Verbringung der Brennelemente in das Zwischenlager in Ahaus die grundsätzlich vorzugswürdige Option sei. In Anbetracht der noch verbliebenen offenen Realisierungsfragen bezüglich der Ahaus-Option sei es allerdings derzeit noch geboten, parallel zu dieser Option die Neubau-Option weiterzuverfolgen. Die Neubauoption sei so bald wie möglich zu beenden. Nach dem gegenwärtigen Stand könne diese Entscheidung möglicherweise schon 2024 nach der erfolgreichen Durchführung der ersten Transporte von Jülich nach Ahaus getroffen werden.

(Siehe Vorlage des Bundesministeriums der Finanzen Nr. 194/2022 (Anlage 1).

Mithin ist die Verbringung der AVR-Brennelemente in das BZA die von JEN vorrangig zu verfolgende Option. Deren Realisierung ist im öffentlichen Interesse an der Beseitigung eines in § 19 Abs. 3 AtG genannten Zustands geboten. Dass die Beseitigung des Zustands selbst im öffentlichen Interesse liegt, bringt die hier durch die Anordnung erfolgte rechtskonforme Anwendung der Ermächtigungsgrundlage des § 19 Abs. 3 AtG zum Ausdruck.

Deshalb ist die JEN in die Phase der konkreten Planung der Verbringung der AVR-Brennelemente in das BZA eingetreten. Die Voraussetzungen für die Verbringung nach Ahaus hatte die Rechtsvorgängerin der JEN, die FZJ GmbH, bereits 2008 geschaffen und einen Vertrag mit der Brennelement-Zwischenlager Ahaus GmbH (BZA GmbH) zur Zwischenlagerung der AVR-Brennelemente in 152 Behältern der Bauart CASTOR®THTR/AVR im BZA geschlossen (Zwischenlagervertrag AVR-Brennelemente), der an die AVR GmbH und sodann auf die JEN als Rechtsnachfolgerin übergegangen ist. Mit der Überführung zur Zwischenlagerung in das BZA käme die JEN ihrer gesetzlichen Verpflichtung gem. § 7 Abs. 1 Satz 1 AtEV nach. Daher hat die JEN die BZA GmbH mit der Aufbewahrung der AVR-Brennelemente beauftragt. Die hierfür erforderliche 8. Änderungsgenehmigung der Aufbewahrungsgenehmigung wurde am bereits am 21.07.2016 erteilt. Am 18.12.2017 haben jedoch die Stadt Ahaus und eine Privatperson, vertreten durch ihre Prozessbevollmächtigten, hiergegen Klage vor

dem OVG NRW erhoben. Die sofortige Vollziehung der 8. Änderungsgenehmigung war ursprünglich angeordnet worden. Sie wurde jedoch Ende 2017 ausgesetzt. Das OVG hat in dem weiterhin anhängigen Klageverfahren noch nicht entschieden. Um nunmehr die Voraussetzungen für die Einlagerung der AVR-Brennelemente zu schaffen, bereitet die BGZ, auch im Namen der BZA GmbH, nach unserem Kenntnisstand derzeit einen Antrag auf Anordnung der sofortigen Vollziehung der 8. Änderungsgenehmigung vor. Mit Erlangung einer solchen Anordnung läge mithin eine vollziehbare Aufbewahrungsgenehmigung vor und es wären sämtliche Voraussetzungen für die Einlagerung der AVR-Brennelemente in das BZA Ahaus geschaffen.

Die ebenfalls erforderliche Genehmigung nach § 9 AtG für die Handhabung und Transportabfertigung der Behälter in der Verladehalle in Jülich wurde vom MWIDE schon am 12. Dezember 2018 erteilt und ist bestandskräftig.

Die JEN hat zur Erfüllung der sich aus der atomrechtlichen Anordnung ergebenden Pflichten das für den Transport der Kernbrennstoffe zuständige Unternehmen ORANO NCS mit der Erlangung der für den Transport der Kernbrennstoffe erforderlichen Beförderungsgenehmigung nach § 4 AtG beauftragt. Den entsprechenden Antrag hat die ORANO NCS bereits gestellt (letztgültige Neufassung des Antrages siehe Antrag vom 02.07.2024).

Mit Schreiben vom 10.01.2024 (Anlage 2) haben Sie erklärt, dass die sicherungstechnischen Nachweisunterlagen für das Genehmigungsverfahren nach § 4 AtG für die Beförderung der AVR-Brennelemente von Jülich in das BZA nunmehr vollständig vorliegen und derzeit keine Nachforderungen mehr bestehen. Derzeit liegen somit keine Kenntnisse vor, die den von JEN geführten Planungen entgegenstünden. Vor diesem Hintergrund gehen wir davon aus, dass die Erteilung der Beförderungsgenehmigung für den Transport der 152 Behälter der Bauart CASTOR® THTR/AVR nach der erfolgten Einreichung der letzten Antragsunterlagen nun zeitnah erfolgen wird.

Um mit dem Transport unmittelbar nach Genehmigungserteilung beginnen zu können, haben die Beteiligten den Zeitrahmen für die Aufnahme der Beförderung der AVR-Brennelemente aus Jülich nach Ahaus und die voraussehbare Dauer zur Durchführung der Transportkampagne bis zur vollständigen Einlagerung aller 152 Behälter in Ahaus bereits festgelegt. Die voraussichtlichen Termine sind fest von der JEN, BGZ und BZA GmbH betrieblich eingeplant. Die konkreten Transportplanungen werden Gegenstand noch mit der Polizei NRW zu führender Koordinierungsgespräche sein.

Die Beteiligten hätten insbesondere mit der Erlangung der 8. Änderungsgenehmigung zur Aufbewahrungsgenehmigung sowie der Herstellung der Voraussetzungen der sofortigen Vollziehbarkeit – den Erlass einer entsprechenden Anordnung unterstellt – alle sonstigen Voraussetzungen für die Abfertigung und Einlagerung der AVR-Brennelemente in das BZA geschaffen. Gleichzeitig ist damit zu rechnen, dass die hiesige Beförderungsgenehmigung nach ihrer Erteilung beklagt werden wird; damit wäre sie nicht vollziehbar.

Damit würde bei gleichzeitiger Anordnung der sofortigen Vollziehung der Aufbewahrungsgenehmigung der Zustand eintreten, dass einer vollziehbaren Aufbewahrungsgenehmigung eine nicht vollziehbare Beförderungsgenehmigung gegenübersteht. Des Weiteren ist zu berücksichtigen, dass die Beförderungsgenehmigung gem. § 4 Abs. 4 AtG längstens für den Zeitraum von drei Jahren erteilt wird. Bis zu einer Entscheidung im Klageverfahren könnte die befristet erteilte Beförderungsgenehmigung aufgrund eines bis dahin erfolgten Fristablaufs nach § 4 Abs. 4 AtG damit nicht mehr ausnutzbar sein. Dies würde dazu führen, dass ein neues Genehmigungsverfahren zur Erlangung einer Beförderungsgenehmigung geführt werden müsste, was wiederum eine erhebliche zeitliche Verzögerung für die Verbringung der AVR-Brennelemente in das BZA zur Folge hätte.

Mithin kann nur bei gleichzeitigem Vorliegen einer vollstreckbaren Aufbewahrungs- und Beförderungsgenehmigung die Pflicht aus der atomrechtlichen Anordnung des MWEIMH, heute

Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen (MWIKE), nach § 19 Abs. 3 AtG zur unverzüglichen Entfernung der Kernbrennstoffe durch die JEN erfüllt werden. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass gem. § 19 Abs. 3 AtG ein Zustand beseitigt werden soll, der den Vorschriften des Atomgesetzes oder aufgrund des Gesetzes erlassener Rechtsverordnungen, den Bestimmungen des Bescheides über die Genehmigung oder allgemeinen Zulassung oder einer nachträglich angeordneten Auflage widerspricht oder aus dem sich durch die Wirkung ionisierender Strahlen Gefahren für Leben, Gesundheit oder Sachgüter ergeben können. Die Anordnung verlangt in zeitlicher Hinsicht Unverzüglichkeit. Sie selbst belegt damit ein besonderes öffentliches Interesse an einer zeitnahen Räumung des AVR-Lagers, das hier zum Überwiegen des öffentlichen Vollziehungsinteresses führt.

Das öffentliche Interesse ergibt sich darüber hinaus insbesondere auch im Hinblick auf die zu treffenden polizeilichen Maßnahmen und die damit zusammenhängenden Kosten der öffentlichen Hand. Die Durchführung der Transporte der mit AVR-Brennelementen beladenen CASTOR® THTR/AVR-Behälter von Jülich nach Ahaus ist aufgrund der zu erwartenden massiven Proteste nur mit erheblichen polizeilichen Schutzmaßnahmen möglich. Die Planung und Durchführung der Beförderungsvorgänge erfordert somit eine hohe Personalbindung der zuständigen Sicherheitsbehörden.

Für Planung und Organisation sowie die Schaffung der entsprechenden Infrastruktur und der personellen Voraussetzungen ist ein längerer Zeitraum erforderlich. Im Falle der aufschiebenden Wirkung eines Rechtsbehelfs eines Dritten gegen die Beförderungsgenehmigung würden komplexe und langfristige Abstimmungs- und Planungsprozesse hinfällig werden. Sicherheitskräfte und Ressourcen der öffentlichen Hand würden auf diese Weise unnötig gebunden; dies würde unnötige Kosten für die öffentliche Hand bedeuten. Im Rahmen der Planung und der Organisation des Beförderungsvorgangs ist zudem der Personalbedarf auch an anderer Stelle im Bereich der Gefahrenabwehr zu berücksichtigen.

Das öffentliche Interesse an der sofortigen Vollziehung der Genehmigung liegt zudem auch darin begründet, dass die JEN die Kosten für die Entsorgung der AVR-Brennelemente zu tragen und daher in Erfüllung ihrer Pflicht bereits finanzielle Aufwendungen getätigt hat oder finanzielle Verpflichtungen gegenüber der Orano NCS sowie der BGZ und der BZA GmbH oder weiteren Dritten eingegangen ist, um die AVR-Brennelemente in das BZA verbringen zu können (Anlage 3). Die JEN wird als bundeseigenes Unternehmen über öffentliche Gelder durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie durch das MWIKE finanziert. Sollte die Beförderungsgenehmigung nicht vollziehbar sein, so wären die bereits getätigten Aufwendungen frustriert getätigt worden, was den Bundes- und Landeshaushalt erheblich negativ belasten würde.

B. Überwiegendes privates Interesse an der sofortigen Vollziehung

Über das öffentliche Interesse an der sofortigen Vollziehung hinausgehend, besteht unsererseits folgendes überwiegende private Interesse an der sofortigen Vollziehung:

Die Orano NCS und die JEN haben bereits verbindliche Vereinbarungen für die geplante Beförderung von 152 CASTOR® THTR/AVR-Behältern von Jülich nach Ahaus sowie die Bereithaltung von entsprechenden Personal- und Fahrzeugressourcen für die gleichzeitige Beförderung von bis zu 4 Behältern für einen definierten Zeitraum getroffen.

Der Transportvertrag sieht die Pflicht zur Durchführung der Transporte erst nach Erlangung der entsprechenden vollziehbaren Beförderungsgenehmigung und Umsetzung der Genehmigungsaufgaben vor.

Mithin ist die Orano NCS verpflichtet, in enger Abstimmung mit dem Vertragspartner dafür zu sorgen, dass eine vollziehbare Beförderungsgenehmigung vorliegt, da nun auch, wie bereits oben ausführlich dargestellt, die Aufbewahrungsgenehmigung vollziehbar werden wird.

Aufgrund der soeben dargestellten Pflicht aus dem Vertragsverhältnis mit der JEN würde die Orano NCS sehenden Auges bestehende Vertragspflichten verletzen, wenn sie die Anordnung der sofortigen Vollziehung nicht beantragen würde und damit nicht alles rechtlich und tatsächlich Mögliche durchführt, um die Transportbereitschaft - insbesondere vor dem Hintergrund der in Kürze vollziehbaren Aufbewahrungsgenehmigung - jederzeit zum Zwecke des unverzüglichen Entfernens der Kernbrennstoffe aus dem AVR-Brennelementlager in Jülich sicherzustellen.

Die Planung und Durchführung eines derartig umfangreichen Beförderungsvorganges mit insgesamt 152 Behältern sind zudem mit einem erheblichen finanziellen, personellen und organisatorischen Aufwand verbunden. Insbesondere hat sich die Orano NCS zur Durchführung der Transporte mit den Sicherheitsbehörden im Rahmen von Koordinierungsgesprächen abzustimmen und ist auf deren Verfügbarkeit zum Zeitpunkt der Beförderung angewiesen.

Sollten die Transporte in Folge einer Nichtvollziehbarkeit der Genehmigung durch eingelegte Rechtsmittel nicht zeitgerecht durchführbar sein, würden sich die genehmigten Transporte erheblich verzögern. Diese Verzögerung würde für die JEN sowie für die Orano NCS sowie etwaige von ihr beauftragte weitere Unternehmen zu erheblichen Nachteilen terminlicher und finanzieller Art führen.



Die Nachteile bestünden insbesondere darin, dass die bisher von den beteiligten/betroffenen Unternehmen durchgeführten Arbeiten weitgehend wertlos würden, die schon geschlossenen Verträge mit den an der Durchführung des Transports beteiligten Unternehmen angepasst werden müssten und für die beteiligten/betroffenen Unternehmen erhebliche Mehrkosten entstünden.

In Erfüllung der vertraglichen Pflichten tätigt die Orano NCS im Zusammenhang mit den anstehenden Beförderungen der AVR-Brennelemente und der Vorbereitung dieser Transporte Aufwendungen und hält entsprechende Fahrzeug- und Personalressourcen vor, die während der Vorhaltezeit nicht anderweitig eingesetzt werden können. Denn das von der Orano NCS für diese Transport eingeplante Personal führt auch langfristig geplante nationale und internationale Transporte von sonstigen radioaktiven Stoffen (auch im Bereich der Medizintechnik) und Kernbrennstofftransporte im Bereich der Energieversorgung und Forschung durch.

Für die Orano NCS ist daher ein hohes Maß an Planungssicherheit notwendig. Außerdem muss die Durchführung eines derart komplexen Transports langfristig vorbereitet und das dafür speziell geschulte Fachpersonal sowie entsprechende Schwerlastgenehmigungen vorgehalten werden. Unser privates Vollzugsinteresse ist somit auch in einer langfristigen und sicheren Planung der Transporte begründet.

Mit freundlichen Grüßen

Orano NCS GmbH

ppa.  S. Thull
i.V.  O. Pätzold

Orano NCS GmbH

Weitergabe sowie Vervielfältigung, Verbreitung und/oder Bearbeitung dieses Dokumentes, Verwertung und/oder Mitteilung seines Inhaltes sind verboten, soweit nicht ausdrücklich gestattet. Zuwiderhandlungen verpflichten zu Schadenersatz. Alle Rechte für den Fall der Patent-, Gebrauchsmuster- oder Geschmacksmustereintragung vorbehalten.

- Anlage 1 Vorlage des Bundesministeriums der Finanzen Nr. 194/2022 - Anlage 1, Bericht des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), des Bundesministeriums für Umwelt- und Verbraucherschutz, sowie des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) vom 07. September 2022.
- Anlage 2 Schreiben des BASE an Orano NCS vom 10. Januar 2024 – Stand der Unterlageneinreichung hinsichtlich des Aspekts der Sicherung
- Anlage 3: Abschätzung des finanziellen Schadens durch Verzögerungen des Transportbeginns nach Herstellung der Transportbereitschaft, Kurzbericht GC23-22 der JEN vom 29. August 2024
-

Anlage 1

Datum: 07. September 2022

Bericht des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), des Bundesministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz (BMUV) sowie des Bundesministeriums der Finanzen (BMF)

zum

Beschluss des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages
in der 17. Sitzung am 19.05.2022

zur

„Räumung des AVR-Behälterlagers in Jülich“

Anlass der Berichterstattung und Vorbemerkung

In seiner 17. Sitzung hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages (HHA) am 19. Mai 2022 auf Initiative der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP folgenden Beschluss gefasst (Ausschussdrucksache 20(8)1263neu):

- „1. Der Haushaltsausschuss fordert das Bundesministerium für Bildung und Forschung, das Bundesministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, das Bundesministerium der Finanzen und die Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen auf, in Bezug auf die Räumung des Behälterlagers der Arbeitsgemeinschaft Versuchsreaktor GmbH (AVR-Behälterlager) in Jülich, eine gemeinsame Entscheidung zu treffen.
2. Der Haushaltsausschuss fordert die Bundesregierung des Weiteren auf, bis zum 15. September 2022 über die in Bezug auf die Räumung des AVR-Behälterlagers Jülich getroffene Entscheidung zu berichten.“

Der Bundesrechnungshof (BRH) hatte sich in seinem Bericht an den HHA nach § 88 Abs. 2 BHO vom 18. März 2022 (Ausschussdrucksache 20(8)135) und in der Information über die Entwicklung des Einzelplans 30 für die Beratungen zum Bundeshaushalt 2022 (Ausschussdrucksache 20(8)141) kritisch zum Umgang mit der Räumung des AVR-Behälterlagers geäußert und empfohlen, sich auf so wenige Räumungsoptionen wie möglich zu konzentrieren und zielgerichtet auf die Umsetzung der verbleibenden Option(en) hinzuarbeiten. Die Ausgaben des Bundes könnten hierdurch zielgerichteter eingesetzt und in Folge dessen verringert werden. Der BRH empfiehlt, dass Ressourcen für eine US-Option nicht mehr eingesetzt werden. BMin Stark-Watzinger hatte in der 15. Sitzung des HHA am 12. Mai 2022 erklärt, der Bericht sei nachvollziehbar und die Ressorts werden gemeinsam beraten.

Im Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2023 sind bei Kapitel 3004 Titel 685 80 Erläuterungsziffer 20 für die Räumung des AVR-Behälterlagers – von Gesamtausgaben des Bundes in Höhe von 212.230 TEURO – im Haushaltsjahr 2023 Mittel in Höhe von 13.972 TEURO veranschlagt und ab

Datum: 07. September 2022

dem Haushaltsjahr 2024 ff. Mittel in Höhe von 100.400 TEURO vorgesehen. Die Ausgaben werden vom Bund und dem Land Nordrhein-Westfalen (NRW) im Verhältnis 70 : 30 Prozent getragen. Seit 2003 lag die Entsorgungsverantwortung bei der Forschungszentrum Jülich GmbH (FZJ) und ist 2015 auf die JEN Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen mbH (JEN) übergegangen.

In dem bestehenden AVR-Behälterlager werden die Kernbrennstoffe aus dem Betrieb des ehemaligen AVR-Reaktors aufbewahrt. Der Betrieb des 1959 von der Arbeitsgemeinschaft Versuchsreaktor (AVR) errichteten Kugelhaufen-Hochtemperaturreaktors zur Stromerzeugung wurde 1988 eingestellt. Die AVR und die Kernforschungsanlage Jülich e. V. schlossen im Jahr 1986 einen Vertrag über die Einholung der atomrechtlichen Genehmigungen und die Lagerung von bestrahlten AVR-Brennelementen aus dem AVR-Reaktor. Eine Genehmigung nach § 6 AtG des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) vom 17.06.1993 – sowie zweier Änderungsgenehmigungen vom 27.04.1995 und 07.07.2005 – zur Lagerung der Brennelemente wurde zunächst für die Dauer von 20 Jahren erteilt. Nachdem eine Verlängerung der Aufbewahrungsgenehmigung in dem AVR-Behälterlager nicht hat erreicht werden können, wurden die Kernbrennstoffe seit dem 01.07.2013 auf der Grundlage von Anordnungen nach § 19 Absatz 3 Satz 1 und 2 AtG aufbewahrt. Mit Anordnung nach § 19 Absatz 3 Atomgesetz (AtG) vom 02.07.2014 hat die zuständige nordrhein-westfälische Atomaufsicht ihre Anordnung vom 17.12.2013 zur weiteren Aufbewahrung der Kernbrennstoffe jedoch sodann mit Wirkung für die Zukunft widerrufen und die unverzügliche Entfernung der Kernbrennstoffe (im Folgenden: Räumung) aus dem bestehenden AVR-Behälterlager angeordnet. Zuvor war die Ahaus-Option prioritär verfolgt worden, mit der Folge einer zweijährigen Ruhendstellung des Antrags der Aufbewahrung am gleichen Standort in den Jahren 2010 bis 2012. Daneben wurde angeordnet, das Genehmigungsverfahren zur Erlangung einer weiteren Aufbewahrungsgenehmigung in dem AVR-Behälterlager fortzuführen. Die räumungsverpflichtete JEN hat – neben der Option der Erlangung einer bis auf neun Jahre befristeten Aufbewahrungsgenehmigung in dem bestehenden Lager – zuletzt drei Optionen (im Einvernehmen mit der nordrhein-westfälischen Atomaufsicht, numerische Reihenfolge ohne Festlegung von Prioritäten) verfolgt:

1. Rückführung der in Jülich gelagerten Brennelemente in das Herkunftsland USA (sog. US-Option).
2. Verbringung in das Zwischenlager in Ahaus zur dortigen weiteren Zwischenlagerung (sog. Ahaus-Option).
3. Zwischenlagerung in einem am Standort Jülich neu zu errichtenden Zwischenlager (sog. Neubau-Option).

Das BMBF, das BMUV, das BMF und die JEN haben die Thematik „Räumung des AVR-Behälterlagers in Jülich“ gemeinsam beraten.

Ergebnis der Beratungen:

Das BMBF, das BMUV, das BMF und die JEN (nachfolgend: die Beteiligten) sind sich einig, dass die weitere Verfolgung der sog. US-Option zur unverzüglichen Räumung des AVR-Behälterlagers nicht mehr erforderlich ist und durch die JEN beendet werden soll. Dies steht nicht im Widerspruch zur unverzüglichen Räumungsanordnung vom 2. Juli 2014.

Datum: 07. September 2022

Die Beteiligten sind sich ferner einig, dass die Verbringung der Brennelemente in das Zwischenlager in Ahaus die grundsätzlich vorzugswürdige Option zur Umsetzung der Räumung des AVR-Behälterlagers darstellt. In Anbetracht der noch verbliebenen offenen Realisierungsfragen bezüglich der Ahaus-Option ist es allerdings derzeit noch geboten, parallel zu dieser Option die Neubau-Option weiterzuverfolgen. Die Neubau-Option ist so bald wie möglich zu beenden. Nach dem gegenwärtigen Stand kann diese Entscheidung möglicherweise schon in 2024 nach der erfolgreichen Durchführung der ersten Transporte von Jülich nach Ahaus getroffen werden.

Im Einzelnen:

Unter anderem aufgrund einer Neubewertung der US-Option durch die Geschäftsführung der JEN infolge der Erkenntnisse aus dem laufenden Transportgenehmigungsverfahren nach Ahaus hat sich eine geringe Realisierungswahrscheinlichkeit der US-Option ergeben. Es bestehen erhebliche Bedenken hinsichtlich der rechtlichen und technischen Realisierbarkeit der Ausfuhr und der Transporte sowie des damit verbundenen Umschlags der Behälter von der Straße auf das Schiff unter den Bedingungen der Sicherung gegen Einwirkungen Dritter (SEWD-Richtlinie Transport). Zudem sind die Machbarkeit des technischen Konzepts zur Behandlung der Brennelemente in den USA, ein Vertragsschluss und die tatsächlichen Kosten nicht abgesichert. Dies ließe sich nur durch erhebliche weitere Investitionen erreichen, die angesichts der geringen Realisierungswahrscheinlichkeit und eines Projektabschlusses frühestens Ende 2030 mit geschätzten Gesamtkosten von über einer Milliarde Euro nicht wirtschaftlich sind. Auf die weitere Verfolgung dieser Option wird daher verzichtet, ohne die Erfolgsaussichten der unverzüglichen Räumung des AVR-Behälterlagers zu gefährden. Alle mit der US-Option im Zusammenhang stehenden Aktivitäten sollen durch die JEN beendet werden.

Nach Ansicht der Beteiligten sprechen derzeit viele Gründe dafür, die Ahaus-Option vor dem Hintergrund der atomrechtlich angeordneten unverzüglichen Räumung und im Sinne eines wirtschaftlichen Mitteleinsatzes als vorzugswürdige Option gegenüber der Neubau-Option einzuordnen:

Im Sinne der Unverzüglichkeit der angeordneten Räumung könnte die Ahaus-Option nach aktuellem Stand rund sechs Jahre vor der Neubau-Option beendet werden. Das Transportgenehmigungsverfahren nach Ahaus befindet sich in einem fortgeschrittenen Stadium. Einem positiven Ausgang stehen nach aktueller fachlicher Bewertung keine unüberwindbaren Hindernisse entgegen. Erste Transporte der Kernbrennstoffe von Jülich nach Ahaus wären voraussichtlich ab Anfang 2024 möglich und sie könnten – vorbehaltlich der Ausräumung der noch bestehenden tatsächlichen und rechtlichen Schwierigkeiten – um das Jahr 2026 abgeschlossen werden.

Selbst bei einem optimalen Verlauf aller Maßnahmen zur Errichtung und Einlagerung in einem neuen Zwischenlager am Standort Jülich wäre nach dem aktuellen Stand der Planungen der Abschluss der Verbringung der Kernbrennstoffe aus dem bestehenden AVR-Behälterlager in einen Neubau dagegen frühestens ab 2032 zu erwarten. Erst ab der Freigabe der Entwurfs- und Genehmigungsplanung kann mit der Errichtung eines Zwischenlagers begonnen werden, bis zur Fertigstellung wird mit einem Zeitraum von zehn Jahren gerechnet. Ein Neubau könnte daher möglicherweise nicht innerhalb einer weiteren, befristet genehmigten Aufbewahrung in dem bestehenden

Datum: 07. September 2022

AVR-Behälterlager realisiert werden. Dies hängt von den weiteren Rahmenbedingungen der Erfolgsaussichten des Genehmigungsverfahrens sowie dem Zeitpunkt und der Dauer der dann tatsächlich erteilten Aufbewahrungsgenehmigung in dem bestehenden AVR-Behälterlager ab. Aktuell ist eine befristete Aufbewahrung in dem bestehenden Lager für neun Jahre ab Erteilung der Genehmigung beantragt.

Auch aus wirtschaftlichen Gründen erscheint die Ahaus-Option gegenüber der Neubau-Option bzgl. der AVR-Brennelemente vorteilhaft: Die aktuellen Kostschätzungen der JEN für die Ahaus-Option belaufen sich – hinsichtlich der noch erforderlichen Kosten – auf rund 100 Mio. €. Erfasst sind die Kosten für den Transport (exklusive der Kosten für die Sicherung durch die Polizei), die Übernahme der Transport- und Lagerbehälter in Ahaus sowie die Aufbewahrung in Ahaus (beruhend auf der Annahme einer 50-jährigen Zwischenlagerung und dem Nicht-Erfordernis von Baumaßnahmen in Ahaus in dieser Zeit). Für die Errichtung, Verbringung und Lagerung in einem Zwischenlagerneubau am Standort Jülich belaufen sich die aktuellen Kostenschätzungen der JEN auf mindestens 450 Mio. € (beruhend auf einem 50-jährigen Betrachtungszeitraum).¹

Die Beteiligten erachten es gleichwohl als notwendig, die Neubau-Option einstweilen noch parallel zur Ahaus-Option weiterzuverfolgen. Zwar stellt die Ahaus-Option im Sinne der Unverzüglichkeit der Räumungsanordnung nach derzeitiger Planung die „schnellste“ Möglichkeit zur Umsetzung der Räumung dar; auch sprechen starke wirtschaftliche Erwägungen für sie. Risiken, die der erfolgreichen Umsetzung entgegenstehen könnten, sind neben rechtlichen Unwägbarkeiten aufgrund seit Ende 2017 vor dem Oberverwaltungsgericht Münster durch die Stadt Ahaus und einer Privatperson anhängiger Klagen gegen die Genehmigung zur Aufbewahrung der Brennelemente im Transportbehälterlager Ahaus vom 21. Juli 2016 auch tatsächliche Unwägbarkeiten hinsichtlich der praktischen Durchführung der Transporte von Jülich nach Ahaus. Für die Durchführung der Transporte bedarf es eines breiten politischen Konsenses. Dieser ist auch vor dem Hintergrund der Festlegungen des Koalitionsvertrages der Regierungsparteien des Landes Nordrhein-Westfalen für 2022 bis 2027 (Zeilen 788 bis 791) zu betrachten. Die Regierungsparteien haben dort festgelegt: „Wir setzen uns für eine Minimierung von Atomtransporten ein. [...] Im Fall der in Jülich lagernden Brennelemente bedeutet dies, dass wir die Option eines Neubaus eines Zwischenlagers in Jülich vorantreiben.“ Eine Aussage darüber, ob das Land NRW Mehrkosten finanzieren wird, findet sich dort nicht.

Die Beteiligten sind sich einig, dass die parallele Weiterverfolgung so bald wie möglich zu beenden ist. Nach dem gegenwärtigen Stand kann diese Entscheidung möglicherweise schon in 2024 nach der erfolgreichen Durchführung der ersten Transporte von Jülich nach Ahaus getroffen werden. Bis dahin ist es notwendig, die Neubau-Option parallel zur Ahaus-Option weiterzuverfolgen, um im Falle eines Scheiterns der Ahaus-Option, die – im Sinne der angeordneten unverzüglichen Räumung – baldige Verbringung in einen Lagerneubau dennoch gewährleisten zu können.

¹ Die auf Seite 32 in dem Bericht des BRH an den HHA nach § 88 Abs. 2 BHO vom 18. März 2022 (Ausschussdrucksache 20(8)135) dargestellten höheren Kosten beruhen auf der Annahme einer Zwischenlagerdauer von 85 Jahren mit jährlichen Aufbewahrungskosten von 10 bis 12 Mio. EUR/Jahr. Dem hier ausgewiesenen Wert von mindestens 450 Mio. EUR liegt eine Zwischenlagerdauer von 50 Jahren mit jährlichen Aufbewahrungskosten von 8 Mio. EUR/Jahr zugrunde.

Anlage 2

BASE
ABTEILUNG GENEHMIGUNGSVERFAHREN



Bundesamt
für die Sicherheit
der nuklearen Entsorgung

Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung | 11513 Berlin
Orano NCS GmbH

Margarete-von-Wrangell-Straße 7
63457 Hanau

– Versand ausschließlich per Mail –

Antrag der ONCS auf Erteilung einer Genehmigung nach § 4 AtG für den Straßentransport von 152 Behältern der Bauart CASTOR THTR/AVR vom AVR-Behälterlager Jülich zum Transportbehälterlager Ahaus

hier: Stand der Unterlageneinreichung hinsichtlich des Aspekts Sicherung

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit möchte ich Sie darüber in Kenntnis setzen, dass die sicherungstechnischen Nachweisunterlagen im Rahmen des o. g. Genehmigungsverfahrens nunmehr vollständig vorliegen und diesbezüglich derzeit keine Nachforderungen meinerseits mehr bestehen.

Mit Blick darauf bitte ich Sie ausdrücklich, keine Anpassungen an den sicherungstechnischen Nachweisunterlagen mehr vorzunehmen.

Zudem bitte ich darum, die Unterlagenliste vom 21.02.2023 – unter Berücksichtigung meiner Anmerkungen vom 24.02.2023 – zu aktualisieren und als abschließende Unterlage in dem o. g. Genehmigungsverfahren bis KW 3 (2024) einzureichen. Darüber hinaus bitte ich um Bestätigung dahingehend, dass die am 03.11.2023 vorgelegte Unterlagenliste hinsichtlich des Beförderungsmittels als abschließend zu betrachten ist.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

gez. Adrienne Zuege

Datum
10. Januar 2024

Ihr Zeichen

Mein Zeichen
82404/7458

Es schreibt Ihnen:

Adrienne Zuege
G2
T: +49 30 484324-3203
Adrienne.Zuege@base.bund.de

So erreichen Sie uns:

Postadresse:
Bundesamt
für die Sicherheit
der nuklearen Entsorgung
11513 Berlin

Besucher-, Zustell-
und Lieferadresse:
Wegelystraße 8
10623 Berlin

Dienstsitz Salzgitter:
Willy-Brandt-Straße 5
38226 Salzgitter


T: +49 30 484324-0
info@base.bund.de
www.base.bund.de

Seite 1 von 1

Orano NCS GmbH

Weitergabe sowie Vervielfältigung, Verbreitung und/oder Bearbeitung dieses Dokumentes, Verwertung und/oder Mitteilung seines Inhaltes sind verboten, soweit nicht ausdrücklich gestattet. Zuwiderhandlungen verpflichten zu Schadenersatz. Alle Rechte für den Fall der Patent-, Gebrauchsmuster- oder Geschmacksmustereintragung vorbehalten.

Anlage 3

Kurzbericht Abschätzung des finanziellen Schadens durch Verzögerungen des Transportbeginns nach Herstellung der Transportbereitschaft				 Dr. Guido Caspary 2024.08.29 11:18:18 +02'00'	
Verfasser	OE	Telefon	Az./Nr.	Revision	Datum
Dr. Guido Caspary	D	46294	GC23-22	1	29.08.2024

In Folgenden wird die Höhe des finanziellen Schadens abgeschätzt, der durch eine Verschiebung des Transportbeginns für den Transport der AVR-Behälter von Jülich nach Ahaus entsteht. Dabei wird davon ausgegangen, dass eine Verschiebung des Transportbeginns zu einer Verlängerung der gesamten Räumung des AVR-Behälterlagers führt. Damit verlängert sich auch der Betrieb des AVR-Behälterlagers einschließlich der Anlagensicherung und des atomaufsichtlichen Verfahrens.

Die durch eine Verschiebung entstehenden Kosten werden auf Basis der bestehenden Verträge (Angebotspreise) mit externen Dienstleistern sowie der Kostenrechnung der JEN für intern zu erbringende Leistungen ermittelt. Personalkosten für JEN-Mitarbeiter werden nicht berücksichtigt.

Folgende Leistungen sind bei einer Verschiebung zu erbringen:

Leistung	Kosten pro Jahr in T€	Kostenermittlungsbasis
1 Vorhaltung Sicherungspersonal		Angebot ¹ Orano NCS
2 Vorhaltung Projektpersonal		Angebot ¹ Orano NCS
3 Gesichertes Abstellen der Transportfahrzeuge		Angebot ¹ Orano NCS
4 Personal Anlagensicherung AVR-BL		FZJ-Rechnungen 2023
5 Umsetzung SEWD-IT		Angebot ¹ Technidata IT-Service
6 Atomaufsichtliches Verfahren		JEN-Kostenrechnung
7 Abfertigungspersonal Ahaus		BGZ-Mail 28.08.2024
Summe		

Damit beläuft sich der zu erwartende Schaden bei einer Verzögerung des Transportbeginns auf [REDACTED] pro Jahr.

¹ Die Leistungen sind beauftragt.